



Frank Hofmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227-77832

📠 (030) 227-76330

✉ frankhofmann@bundestag.de

www.frank-hofmann-mdb.de

05. November 2010

Nebelkerzen für die eigene Briefftasche

Frank Hofmann zur Erklärung von Bernd Gulich, dem Pressesprecher des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld, in der Mainpost vom 1. November 2010.

Atomkraft sei im Gegensatz zu den Erneuerbaren Energien „subventionsfrei“, hatte der Sprecher der Atomwirtschaft in der Mainpost erklärt. „Das erfüllt schon fast den Tatbestand der Irreführung“, sagt der Schweinfurter Bundestagsabgeordnete, Frank Hofmann. „Studien zeigen, dass der Staat Kernkraftwerke durch Steuervergünstigungen, die Suche nach einem Endlager und Castor-Transporten seit 1950 mit über 200 Milliarden Euro unterstützt hat. Da sind die Kosten der tatsächlichen Endlagerung von Atommüll noch gar nicht eingerechnet.“

Trotzdem dürfe man nicht verschweigen, dass die Erneuerbaren Energien stark gefördert würden. „Die Stromkosten werden deshalb steigen, aber eine Alternative dazu gibt es nicht“, sagt Hofmann. „Wind-, Solar- oder Wasserkraft stoßen kein CO₂ aus, erzeugen keinen verstrahlten Müll und vor allem: Sie sind sicher.“ Falsch sei es aber, den Anstieg der Verbraucherpreise allein auf die Subventionen zurückzuführen. In den vergangenen zehn Jahren stieg die monatliche Stromrechnung im Durchschnitt um 27 Euro, auf Erneuerbare Energien entfielen davon lediglich drei Euro. „Die großen vier Konzerne haben hier kräftig abgesahnt“, schlussfolgert der Abgeordnete.

Die Beteuerungen der Atomindustrie, sie betreibe die sichersten Anlagen der Welt, zweifelt er an. „Es ist völlig unklar, nach welchen Kriterien das überhaupt gemessen wird“, erklärt Frank Hofmann. „Aus meiner Sicht sind das nur öffentlichkeitswirksame Nebelkerzen, um uns zu beruhigen.“ Über 200 Störfälle gab es allein im AKW Grafenrheinfeld. „Wer da absolute Sicherheit suggeriert, macht sich etwas vor.“

In Deutschland dürfe man keine unnötigen Risiken eingeben. Genau das aber tue die Bundesregierung mit ihrem Energiekonzept. „Das ist gut für die Arbeitgeber von Herrn Gulich, aber für alle anderen ist es schlecht.“

PRESSMITTEILUNG